

Mützenich
sieht Scholz
in der Pflicht

Klare Ansage in
Corona-Politik gefordert

Berlin. SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich setzt im Ringen in der Ampel-Koalition um ein neues Infektionsschutzgesetz auf eine klare Ansage von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Dieser werde „die verantwortungsvollen Schritte einfordern, die wir in Zukunft zur Bekämpfung der Pandemie brauchen“, sagte Mützenich den Zeitungen der Funke-Mediengruppe.

Er betonte, nach jetzigem Stand seien weiterreichende Maßnahmen nötig, als sie aktuell zur Verfügung stünden. Bislang lehnt vor allem die FDP die Wiedereinführung strengerer Maßnahmen wie eine Ausweitung der Maskenpflicht ab. Mützenich sagte dazu, er habe sich in der Vergangenheit oft andere Entscheidungen von der FDP gewünscht.

Auf die Frage, ob für das neue Infektionsschutzgesetz ein Machtwort von Scholz erforderlich sei, sagte er: „Im Sinne seines Amtseides wird er auch in dieser Frage das tun, was nötig ist, um Schaden vom deutschen Volk abzuwenden.“ Ende der Woche will der Sachverständigenrat seinen Bericht zur Evaluierung der bisherigen Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie vorlegen. „Wir werden den Evaluierungsbericht abwarten und daraus unsere Schlüsse ziehen. Vor allem aber ziehen wir Lehren aus der Vergangenheit“, sagte Mützenich dazu. (afp)



Hadert mit dem Kurs der FDP: Rolf Mützenich.

Schwarz-grünes Bündnis steht

Parteien unterschreiben Koalitionsvertrag – Kutschaty übt scharfe Kritik am Programm

VON MATTHIAS KORFMANN

Düsseldorf. „Vertrauen“ sei gewachsen, ein „Miteinander“ möglich: Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und seine künftige Stellvertreterin Mona Neubaur (Grüne) besiegelten am Montag um 14.15 Uhr mit ihren Unterschriften unter den Koalitionsvertrag das erste schwarz-grüne Bündnis in NRW. In den Räumen des Düsseldorfer Kunstvereins „Malkasten“, in denen in den vergangenen drei Wochen etwa 150 Verhandler um rund 150 Seiten K-Vertrag gerungen hatten, starteten die ungleichen Partner CDU und Grüne in ihr Regierungsexperiment. Im Kern geht es ihnen darum, NRW in den kommenden fünf Jahren zur „ersten klimaneutralen Industrieregion Europas“ zu machen. Mehr Windkraftanlagen und eine Solarpflicht sind wichtige Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel.

Etwas Gutes für NRW sei gelungen, sagte Hendrik Wüst über den Vertrag zwischen CDU und Grünen. Dass die Verhandlerin in all den Wochen praktisch nichts nach außen dringen ließen, sei „eine gute Grundlage für Vertrauen“. Und ein belastbares Bündnis sei in diesen unsicheren Zeiten auch bitter nötig. „Es wird Ereignisse geben, die in diesem Vertrag nicht beschrieben sind“, warnte Wüst. Vor fünf Jahren habe zum Beispiel niemand an Corona oder einen Krieg in Europa gedacht. „Das Leben kommt immer anders“, pflichtete Mona Neubaur ihm bei.

Die Frauen und Männer aus der sogenannten Steuerungsgruppe setzten ihre Unterschriften unter den „Zukunftsvertrag“. Neben Neubaur und Wüst unterzeichneten CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen, der Grünen-Bundestagsabgeordnete Felix Banaszk, Heimatministerin Ina Scharenbach (CDU), Grünen-Landesgeschäftsführer Raoul Roßbach, Staatskanzlei-Chef Nathanael Liminski (CDU), die



Ausgelassene Stimmung zum Start: Mona Neubaur und Hendrik Wüst unterzeichnen den Koalitionsvertrag.

Foto: dpa

künftige Familienministerin Josefine Paul (Grüne) sowie Grünen-Fraktionschefin Verena Schäffer das Papier mit edlen Schreibgeräten aus Frankreich. Zu den Unterzeichnern zählen auch die frisch gewählten Grünen-Landesvorsitzenden Yazgü Zeybek und Tim Achtermeyer.

Hat mit Wüst und Neubaur ein politisches Traumpaar zueinander gefunden? Die beiden Mittvierziger präsentierten sich am Montag als solches, wenngleich es Wüst westfälisch-nüchtern beschrieb: „Ich habe das Gefühl, das funktioniert.“ Neubaur sagte: „Wir kannten uns vorher nicht. Wir hatten nur die Handynummern voneinander. Aber wir haben uns kennengelernt als Streiterin und Streiter an der Spitze der Verhandlungsteams.“ Mit fairen Mitteln und „auf Augenhöhe“ gehe man an die Arbeit.

Zu denen, die nicht recht daran glauben, dass es traumhaft läuft zwischen Schwarzen und

Debatte um möglichen Minister Liminski

Einen der Posten im neuen Kabinett könnte der überzeugte Katholik Nathanael Liminski (CDU) besetzen. Er ist im Gespräch für das Amt des Schulministers. Der Zentralrat der Konfessionsfreien kritisiert die Personalie. Unserer Redaktion sagte der Vorsitzende des Vereins, Philipp Möller: „Jemand wie Nathanael Liminski mit seinen radikal christlichen Vorstel-

lungen sollte nicht die Bildungspolitik eines Landes bestimmen.“ Die Personalie sei ein Beispiel für „demokratische Verantwortungslosigkeit“. Religiöse Beeinflussung von Schülern müsse verhindert werden, forderte Möller und fügte hinzu, bei einem solchen Bildungsminister sei klar, wie es mit sexueller Aufklärung im Schulunterricht weitergehen würde. (swi)

Grünen, gehört Thomas Kutschaty. Der SPD-Landtagsfraktionschef schaltete gut eine Stunde vor der Besiegelung des neuen Bündnisses in den Oppositionsmodus. „Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von dieser Regierung nicht viel zu erwarten haben. Schwarz-Grün droht zu einer Regierung für Besserverdienende zu werden“, sagte Kut-

schaty. Der Koalitionsvertrag beschere zehn Millionen Mieterinnen und Mietern in NRW keinen besseren Schutz vor explodierenden Wohnkosten. Pflegerinnen und Pfleger an den Unikliniken warteten bisher vergeblich auf feste Zusagen für einen „Tarifvertrag Entlastung“, Industrie-Beschäftigte, zum Beispiel bei Vallorec, bangten um ihre Jobs, und

die angekündigte Solarpflicht dürfte viele Eigentümer finanziell schwer belasten, wettete der alte und neue Oppositionsführer.

Kutschaty drohte sogar damit, den im Jahr 2014 zwischen SPD, Grünen und CDU geschlossenen „Schulfrieden“ im kommenden Jahr nicht zu verlängern. Der Koalitionsvertrag biete „keine Basis“ mehr dafür. Begründung: Das Papier enthalte kein Abschlussschutzverbot, lege das gemeinsame Lernen zwischen Kindern mit und ohne Behinderung (Inklusion) allein in die Entscheidungsgewalt der Schulen und lasse offen, wie viel Geld NRW bereitstellt, um Schulen in sozialen Brennpunkten besser auszustatten.

Auf die Unterzeichnung des Koalitionsvertrags soll am heutigen Dienstag die Wiederwahl und Vereidigung des Ministerpräsidenten folgen. Am Mittwoch will Wüst die neuen CDU-Ministerinnen und -minister vorstellen.

„Kardinal Woelki ist das Problem“

Rekordaustrittszahlen im Erzbistum Köln – Kirche will Vertrauen zurückgewinnen

VON DIERK HIMSTEDT

Köln. 41 000 Austritte verzeichnete allein das Erzbistum Köln im vergangenen Jahr. So viele wie noch zuvor und auch wie in keiner anderen Diözese im Bundesgebiet. Der scheidende Kölner Generalvikar Markus Hofmann erklärte, das Erzbistum Köln müsse anerkennen, „dass der schmerzvolle Weg der Aufarbeitung und andere Krisen das Vertrauen vieler Menschen in die Kirche heftig erschüttert haben“. Man wolle aber alles daransetzen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Der münstersche Kirchenrechtler Thomas Schüller sieht aufgrund der neuen Zahlen einen eindeutigen Schuldigen dieser für die katholische Kirche so besorgniserregenden Entwicklung: „Es gibt Situationen, in denen man nicht mehr auf die Füße kommt. Kardinal Woelki ist das Problem. Das Vertrauen der Gläubigen in ihn und sein Generalvikariat ist komplett zerrüttet.“ Er habe das aus vielen Gesprächen mit Gläubigen und Priestern erfahren. Die haben oftmals erzählt, dass Austreten-



Wird von vielen Gläubigen für die vielen Austritte im Kölner Erzbistum verantwortlich gemacht: Rainer Maria Kardinal Woelki. Foto: dpa

de nicht wegen der Gemeindearbeit vor Ort ihre Kirche verlassen, sondern wegen Woelki. Der Kardinal sei für viele Mitglieder mittlerweile der Inbegriff für die Reformunfähigkeit der katholischen Kirche geworden. „Viele, die die Kirche aktuell verliert, sind gläubige Katholiken. Die Menschen wollen ihr Geld nicht mehr einer Kirche geben, die von Kirchenrepräsentanten wie dem Kardinal vertreten werden“, erläutert Schüller. Der Druck auf

die Führung des Kölner Erzbistums werde durch die vielen Austritte auch aus finanziellen Gründen weiter steigen. Denn gut situierte Kirchensteuerzahler treten aktuell aus. Die fehlenden Einnahmen werde auch das Erzbistum weiter. Gleichzeitig hoffe man auf die Chance, Tag für Tag auch die vielen guten Seiten der Kirche sichtbar machen zu können und dafür zu sorgen, dass sie – bei aller Kritik – nicht vergessen werden.

Das Erzbistum teilte auf Nachfrage der Rundschau mit, was in Zukunft geschehen soll, um die Krise zu überwinden:

Oslo:
Verdächtiger
in U-Haft

Oslo. Nach den tödlichen Schüssen rund um eine Schwulenbar in Oslo muss der mutmaßliche Täter für vier Wochen in Untersuchungshaft. Das teilte das Amtsgericht der norwegischen Hauptstadt gestern mit. Die zuständige Richterin Rikke Lassen verhängte dabei ein für die gesamten vier Wochen geltendes Brief- und Besuchsverbot, zwei Wochen davon muss der Beschuldigte in vollständiger Isolation verbringen.

Der Angreifer hatte in der Nacht zum Samstag rund um eine beliebte Schwulen-Bar Schüsse abgefeuert. Dabei waren zwei Menschen getötet und 21 verletzt worden. Der norwegische Geheimdienst PST stuft die Attacke als islamistischen Terroranschlag ein. Ein 43 Jahre alter Norweger mit iranischen Wurzeln wurde bereits wenige Minuten nach den ersten Schüssen festgenommen. Das Tatmotiv ist noch unklar, die Polizei geht derzeit aber unter anderem der Theorie nach, dass es sich bei der Tat um ein explizit gegen Homosexuelle gerichtetes Hassverbrechen gehandelt haben könnte. (dpa)

Kölnische Rundschau

Herausgeber: Helmut Heinen
Chefredakteurin: Cordula von Wysocki
Mitglied der Chefredaktion: Dr. Raimund Neuß
Redaktionell verantwortlich für die von der Neuen Osnabrücker Zeitung und der Gemeinschaftsredaktion von NOZ Medien und Medienholding Nord gelieferten Inhalte sind Ralf Geisenhanslüke, Dr. Berthold Hamelmann, Burkhard Ewert (Ltg. Gemeinschaftsredaktion)
Anschrift der Redaktion:
Stolkogasse 25-45, 50667 Köln
Postfach 102145, 50461 Köln
Telefon 02 21 / 1632 558, Fax 02 21/1632 557
E-Mail: chefredaktion@kr-redaktion.de
Träger der Redaktion: Heinen-Verlag GmbH

Verlag: M. DuMont Schauberg – Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, 50590 Köln, oder Neven DuMont Haus, Amsterdamer Straße 192, 50735 Köln
Postbankkonto Köln Nr. 250505, BLZ 37010050; IBAN: DE90 3701 0050 0000 2505 05
Geschäftsführer: Mirco Striewski.
Mediaverkauf: MVR Media Vermarktung Rheinland GmbH. Ein Unternehmen des Medienhauses DuMont Rheinland.

Donnerstags mit „TERMIN“. Freitags mit Prisma, TV-Magazin zur Zeitung.

Das Bezugsgeld enthält 7 % Mehrwertsteuer. Gültig: Anzeigenpreisliste Nr. 24a vom 01. Januar 2022 und unsere Allgem. und Zusätzl. Geschäftsbedingungen. Erfüllungsort und Gerichtsstand, soweit gesetzlich zulässig, ist Köln. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos sowie Nichtlieferung infolge höherer Gewalt keine Gewähr.

Druck: DuMont Druck Köln GmbH & Co. KG. Für die Herstellung der Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Abonnenten-Service
Tel. 0221 / 925864-20, Fax 02 21 / 224-23 32
abo-kundenservice.koeln@duMont.de
Online-Leserservice
rundschau-online.de/service
Anzeigen-Service
Tel. 0221 / 925864-10, Fax 02 21 / 224-24 91
anzeigen.koeln@duMont.de
Internet: http://www.rundschau-online.de